

Das bekannte Theater Neumarkt in der Stadt Zürich ist von der Politik und in den Medien massiv unter Beschuss geraten. Das Theater hatte einen schweizerisch-israelischen Schauspieler auf Drängen einer libanesischen Kollegin wegen eines antiisraelischen Gesetzes im Libanon diskriminiert.



Yan Balistoy vor Publikum © André Springer

Die Libanesin hatte die Direktion darum gebeten, nicht mit dem schweizerisch-israelischen Doppelbürger zusammen auf der Bühne stehen zu müssen, weil solche Kontakte in ihrem Heimatland verboten sind. Um einem Konflikt auszuweichen, entschied die Direktion des Neumarkttheaters daraufhin, den schweizerisch-israelischen Schauspieler und seine libanesischen Kollegin nicht in den gleichen Aufführungen einzusetzen.

Dieses Verhalten hat jetzt zu massiver Kritik im Zürcher Stadtparlament geführt. Die freisinnig-demokratische Fraktion verurteilte in einer Fraktionserklärung das Verhalten der Theaterdirektion und insbesondere auch das Nichteingreifen des Verwaltungsratspräsidenten des Neumarkttheaters, Thomas Busin.

So heisst es in der FDP-Fraktionserklärung: «Aus städtisch subventionierten



Zürcher Theater befolgt libanesisches Anti-Israel-Gesetz – jetzt hagelt es Kritik

Institutionen und an städtisch subventionierte Institutionen kann es nur eine unmissverständliche Botschaft geben: Wer an einem Zürcher Theater nicht gemeinsam mit einem Kollegen auftreten kann, nur weil er die israelische Staatsbürgerschaft besitzt, kann nicht an einem Zürcher Theater auftreten.»

Und weiter kritisiert die FDP: «Eine Theaterdirektion, die es für richtig befindet, dafür Sorge zu tragen, dass libanesisch und israelisch Ensemblemitglieder nicht gemeinsam auf der Bühne stehen, muss in die Schranken unseres Rechtsstaats gewiesen werden.»

Besonders sauer aufgestossen ist der FDP, dass der Verwaltungsratspräsident des Theaters, Thomas Busin, seine Verantwortung nicht wahrgenommen hat. So hatte Busin gegenüber der Neuen Zürcher Zeitung NZZ erklärt: «Als Verwaltungsratspräsident mische ich mich nicht in künstlerische Belange ein, das ist Sache der Direktion.»

Diese Aussage sei im vorliegenden Fall «absurd», geisselt die FDP den Verwaltungsratspräsidenten des Neumarkttheaters und fordert seine sofortige Ablösung.

Mediale Schelte von allen Seiten

Auch in den wichtigsten Medien kommt das Theater Neumarkt schlecht weg. Dies hängt nicht nur mit dem Verhalten der Theaterleitung, sondern auch mit einer Untersuchung zusammen, welche das Theater nach Bekanntwerden des Falls auf Druck der Stadt durchführen liess.

Denn ausgerechnet der zentralen Frage durfte der mit der Untersuchung beauftragte Anwalt nicht nachgehen. Nämlich: Hat die Theaterdirektion einen israelisch-schweizerischen Schauspieler diskriminiert, weil sie ihn nicht mit einer libanesischen Kollegin auftreten liess, da im Libanon Kontakte zu Israel und Israelis verboten sind?

Stattdessen musste der Anwalt abklären, ob am Theater ein diskriminierendes Klima herrsche – eine Frage, die mit dem vorliegenden Tatbestand nichts zu tun hat.

Deshalb kritisierte die NZZ: «Das Theater Neumarkt stellt die falschen Fragen». Und



Zürcher Theater befolgt libanesisches Anti-Israel-Gesetz – jetzt
hagelt es Kritik

sie urteilte über die Untersuchung: «Schöne Worte, wenig Inhalt».

Noch deutlicher wurde im Tages-Anzeiger die bekannte Journalistin Michèle Binswanger. Sie geisselte die Theaterführung, die linken Parteien im Stadtparlament und die bis anhin untätig gebliebene Stadtpräsidentin Corine Mauch.

Dem Verwaltungsrat des Neumarkttheaters wirft Binswanger «Hasenfüssigkeit» vor. Den SP-Vertretern und Grünen im Stadtparlament lastet sie fehlendes Verantwortungsbewusstsein an, weil sie sich hinter dem Vorwand versteckten, es gehe seitens des israelisch-schweizerischen Schauspielers vorläufig ja nur um unbewiesene Vorwürfe.

Vorwürfe sind bewiesen

Dies stimmt nämlich nicht. Sowohl der Anwalt der Theaterleitung als auch ein im Neumarkttheater tätiger Dramaturg haben bestätigt, dass der schweizerisch-israelische Schauspieler auf Bitten seiner libanesischen Kollegin nicht gemeinsam mit ihr eingesetzt wurde. Der Sachverhalt an sich ist also unbestritten.

Stadtpräsidentin Corine Mauch kreidet der Tages-Anzeiger deshalb an, dass sie den verantwortlichen Verwaltungsratspräsidenten des Theaters, Thomas Busin, nicht umgehend zu sich zitiert habe. Denn Mauch habe selbst festgestellt, dass das Neumarkttheater den zentralen Vorwurf – die Anwendung Gesetzes aus dem Libanon, das gegen israelische Bürger gerichtet ist – gar nicht habe untersuchen lassen.

Das Theater Neumarkt wird von der Stadt Zürich jährlich mit 4,5 Millionen Franken subventioniert und profitiert von einem Mietzinserslass von weiteren 700'000 Franken. Wenn jetzt nicht umgehend die notwendigen strukturellen und personellen Weichen gestellt würden, schreibt die FDP in ihrer Fraktionserklärung, dann müssten die finanziellen Konsequenzen gezogen werden.

Empfohlene Lektüre

Neue Zürcher Zeitung, 12. April 2024: [«Das Neumarkt Theater stellt die falschen Fragen»](#)

Tages-Anzeiger, 18. April 2024: «Und was, wenn es um Frauen oder Schwule



Zürcher Theater befolgt libanesisches Anti-Israel-Gesetz – jetzt
hagelt es Kritik

ginge?»[«Und was, wenn es um Frauen oder Schwule ginge?»](#)